

# Turbulenzen um Klosterplatz im Rat

## SPD will Vorgehen des Bürgermeisters bei Abstimmung prüfen lassen

Von Peter Plugge

**Attendorf.** In der letzten Stadtratssitzung vor der Kommunalwahl wurde es noch einmal turbulent.

Zunächst wurden auf Antrag der SPD die ursprünglich zwei Tagesordnungspunkte zur Thematik Innenstadtentwicklungskonzept, Sachstandsbericht zu den durchgeführten Workshops und Erstellung eines Innenstadtentwicklungskonzepts durch ein Planungsbüro, gemeinsam behandelt.

Dabei wurden die Workshops von allen überschwänglich gelobt. Von einer „völlig neuen Art der Bürgerbeteiligung“ (Hilleke) war die Rede, von leidenschaftlichem Engagement der Attendorner für ihre Stadt (Marius Becker, Grüne), und es wurde den Bürgern gedankt, die sich mit

ihren Ideen beteiligt haben (Pospischil/SPD, Kersting/CDU).

Einig war man sich auch darin, dass die gewonnenen Ideen und Vorschläge in einem nächsten Schritt von einem Büro „geprüft, bewertet und möglichst auch mit groben Kostenschätzungen hinterlegt werden sollen“, so Bürgermeister Hilleke.

Doch dann beantragte Hermann-Josef Schneider für die UWG und die SPD, dass davon alle Überlegungen zu einer Bebauung des Klosterplatzes ausgeschlossen werden sollten. Eine Forderung, die heftigen Widerspruch auslöste.

Bürgermeister Hilleke warnte erneut vor Denkverboten und davor, durch den Vorabverzicht auf öffentliche Flächen die Verhandlungsposition der Stadt mit den Besitzern privater Flächen massiv zu schwächen.

Jürgens (CDU) und Becker (Grüne) warben dafür, den Diskussionsprozess möglichst lange ergebnisoffen zu gestalten.

Eva Kersting (CDU) beantragte schließlich, „heute über gar keinen Antrag abzustimmen“. Später ließ Bürgermeister Hilleke zunächst über den Antrag, ein Innenstadtentwicklungskonzept erstellen zu lassen, beschließen, was einstimmig angenommen wurde, um danach unter Protest von SPD und UWG über Kerstings Antrag abstimmen zu lassen, der mit 19 gegen 16 Stimmen angenommen wurde. Damit fiel der Antrag von SPD und UWG zum Klosterplatz unter den Tisch. SPD-Bürgermeisterkandidat Pospischil kündigte an, diese Vorgehen des Bürgermeisters von der Kommunalaufsicht prüfen zu lassen.